

Protokoll über die 83. Sitzung des Kreisausschusses
am 08. Mai 2023

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:30 Uhr

Anwesende: Landrat, Herr Zanker
Klaus Zunke-Anhalt, CDU-Fraktion
Annette Lehmann, CDU-Fraktion
Karl-Josef Montag, Fraktion FW-UH
Jörg Kubitzki, Fraktion DIE LINKE

entschuldigt: Andreas Henning, SPD-Fraktion
Iven Görbig, AfD-Fraktion

Schriftführung: Andrea Junker, Kreistagsbüro

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der 81. Sitzung des Kreisausschusses vom 03. April 2023
- 5 Genehmigung des Protokolls der 82. Sitzung des Kreisausschusses vom 17. April 2023
- 6 Vorbereitung der nächsten Kreistagssitzung
- 7 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Öffentliche Ausschreibung Nr. 176-2022-UHK-BKR: Lieferung von 24/7 - Leitstellenstühlen
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zum TOP 01 – Eröffnung und Begrüßung

Der Landrat eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Kreisausschussmitglieder.

Zum TOP 02 – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellte mit fünf anwesenden Kreisausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zum TOP 03 – Bestätigung der Tagesordnung

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Tagesordnung auf. Diese wurde einstimmig mit 5 Ja-Stimmen angenommen.

Zum TOP 04

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/701/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung des Protokolls der 81. Sitzung des Kreisausschusses vom 03. April 2023 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 81. Sitzung des Kreisausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 03. April 2023 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/701-83/2023**.

Zum TOP 05

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/702/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung des Protokolls der 82. Sitzung des Kreisausschusses vom 17. April 2023 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 82. Sitzung des Kreisausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 17. April 2023 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/702-83/2023**.

Zum TOP 06 – Vorbereitung der nächsten Kreistagssitzung

Der Landrat verwies auf die vorgesehene Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistages.

Den Verkauf Schullandheim habe man vorerst in den nichtöffentlichen Teil genommen. Sofern das Einverständnis des Käufers auf Veröffentlichung seiner Daten bis zur Kreistagssitzung vorliegt, werde man diesen TOP öffentlich behandeln.

Herr Montag beantragte für die Fraktion der Freien Wähler die Aufnahme von zwei Tagesordnungspunkten:

- Beschluss der 10. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes des Unstrut-Hainich-Kreises für den Zeitraum 2023 – 2025

In der Situation, in der der Landkreis sich befinde, sei die Aufstellung eines HSK am wichtigsten. Ohne HSK gebe es keine Bedarfszuweisung und keinen Haushaltsplan. Es herrsche eine schwierige Situation zwischen Kreistag und Verwaltung. Das vorliegende HSK habe Einnahmepositionen, die so nicht untersetzt seien und deshalb gescheitert.

Um die Lage zu entspannen und einen Fortschritt zu erzielen, unterbreiten die Freien Wähler daher folgenden Beschlussvorschlag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, einen Klausurtag zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes unter Federführung des Haushalts- und Finanzausschusses vorzubereiten. An diesem Klausurtag sollen die Verwaltung, der Haushalts- und Finanzausschuss und das Unternehmen Rödl und Partner gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, den Haushalt des Landkreises dauerhaft zu konsolidieren.“

Im Bericht von Rödel & Partner seien Maßnahmen aufgezeigt, die nicht alle von der Verwaltung als werthaltig betrachtet werden. Dem Kreistag fehle hier die Kenntnis, um dies zu beurteilen. Daher wäre es sinnvoll, wenn der Haushalts- und Finanzausschuss mit den Kreistagsmitgliedern, die mitarbeiten wollen, gemeinsam mit Rödel & Partner und der Verwaltung ein HSK aufstelle, welches die beiden fehlenden Positionen ausgleiche.

- Der zweite Antrag laute:

„Welche Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgabeposten wurden mit der Jahresrechnung 2022 im Vermögenshaushalt gebildet? Wie ist der Stand der Umsetzung der einzelnen Positionen?“

Diese Antwort könne auch in den Bericht des Landrates einfließen. Es werde Gründe geben, warum die Jahresrechnung nicht auf der Tagesordnung stehe.

Herr Zunke-Anhalt gab bekannt, dass er ja bereits in der letzten Sitzung gefragt hatte, ob man den Sitzungstag verlegen könne? Die gesamte CDU-Fraktion sei am 31. Mai zum Spargelessen mit prominenten Gästen eingeladen. Daher frage er, ob man die Sitzung ein bis zwei Tage verschieben könne?

Der Landrat bezog sich auf den Antrag des Herrn Montag zu den Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgabereise. Diese Fragen werde er in seinem Bericht mit beantworten.

Zum TOP zum HSK wolle er sagen, dass er davon nicht viel halte und glaube, dass dieser Antrag nicht umsetzbar sei. Er erkenne den Lösungswillen, jedoch werde dies so nicht machbar sein. Man könne Rödel & Partner nicht einfach einladen, sondern dafür seien finanzielle Mittel notwendig, die der Landkreis nicht habe. Außerdem befinde man sich in vorläufiger Haushaltsführung.

Ausschlaggebend sei, dass, solange der Kreistag kein Vertrauen in die Aussagen und Handlungen der Verwaltung habe, so lange mache das alles auch keinen Sinn. Dieses Problem könne auch Rödel & Partner nicht lösen.

Er wiederhole, was er bereits mehrfach gesagt habe: Diese Evaluierung der Evaluierung beziehe sich auf die Zahlen und die Rechtslage der Jahre 2018/19. Seitdem habe es massive Veränderungen gegeben. Man könne also nicht einfach darauf aufbauen, sondern müsse viele Maßnahmen von vorn beginnen.

Nach seiner Auffassung sei der Haushalt 2023 nicht mehr zu retten. Allein aufgrund der Zeit und der bestehenden Rahmenbedingungen werde man keinen Haushalt 2023 mehr aufstellen können.

Der Antrag der Freien Wähler werde als neuer TOP 30 aufgenommen.

Herr Montag hinterfragte TOP 16 – Änderung der Geschäftsordnung? Was solle geändert werden?

Der Landrat gab bekannt, dass er bereits gesagt habe, dass er die Ausschuss-Sitzungen öffentlich machen wolle. Er sei gerade von den letzten Ausschuss-Sitzungen sehr enttäuscht gewesen. In den Ausschüssen werde immer anders geredet und agiert als in den Kreistagssitzungen. Die Diskussionen in den Ausschüssen spiegeln sich nicht in den Kreistagen wieder.

Das wolle er der Öffentlichkeit bewusst machen. Er wolle der Öffentlichkeit aufzeigen, wie Empfehlungen zustande kommen und welche Diskussionen zu welchen Ergebnissen führen. Er wolle Transparenz herstellen.

Die weiteren Änderungen der Geschäftsordnung seien redaktioneller Art:

- Klarstellung, dass alle Kreistagsmitglieder zustimmen müssen, wenn ein Antrag auf Anfertigung von Film- und Tonbandaufzeichnungen vorliegt
- Aufnahme des Jugendhilfeausschusses, da dieser bisher noch kein Bestandteil der Geschäftsordnung war

Frau Lehmann meinte, dass es schwierig werde, wenn die Ausschuss-Sitzungen öffentlich seien, da man hier auch oft über Daten von Dritten rede. Gerade auch für den Rechnungsprüfungsausschuss sehe sie hier Probleme.

Der Landrat erwiderte, dass der Rechnungsprüfungsausschuss nichtöffentlich bleibe. Der Ausschussvorsitzende könne jederzeit die Nichtöffentlichkeit herstellen, wenn es notwendig werde.

Frau Lehmann merkte an, dass man trotzdem nicht mehr so ungezwungen diskutiere, wenn die Sitzung öffentlich sei. Sie sehe die Gefahr, dass die Sacharbeit leide. Die Ausschüsse waren bisher ein Bereich, in dem man geschützt reden und erörtern konnte.

Der Landrat entgegnete, dass dies nur eine Frage der Organisation sei. Der Ausschussvorsitzende müsse die Tagesordnung genau unterteilen. Auch während der Diskussion habe man die Möglichkeit, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, wenn Belange Dritter erörtert werden sollen.

Gerade in der Diskussion zum Schulnetzplan sei ihm aufgefallen, dass alles das, was in den Ausschüssen gesagt worden sei, im Kreistag nicht mehr wahr war. Diese Ausschuss-Sitzungen hätte man sich sparen können.

Frau Lehmann bezog sich auf TOP 19 – Aufhebung der Beschlüsse zum Klimaleitbild -. Das Klimaleitbild liege seit geraumer Zeit zur Bearbeitung im Wirtschaftsausschuss. Warum wolle man es jetzt aufheben?

Der Landrat antwortete, dass das Klimaleitbild mittlerweile nicht mehr der Zeit und der gewünschten Zielrichtung entspreche. Die Verwaltung habe einen neuen Klimamanager, der aktuell an einem Klimaschutzkonzept arbeite. Der Klimamanager werde sich in der nächsten Woche im Wirtschaftsausschuss vorstellen.

Die Stelle des Klimaschutzmanager sei befristet bis zum 15. Juni 2024 und werde zu 100 % durch die nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums gefördert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Der Landrat bat um Meinungen zum Antrag der CDU-Fraktion, die Kreistagssitzung zu verschieben. Die Verwaltung habe geprüft, bezogen auf die Vergaben könnte man die Sitzung um einen Tag auf den 01. Juni schieben. Wenn er die Kreistagssitzung verschiebe, stehe er wieder in der Kritik, daher solle diese Entscheidung der Kreisausschuss treffen.

Nach Diskussion wird festgelegt, dass die nächste Kreistagssitzung am 01. Juni 2023, 16:00 Uhr im Barbraheim stattfindet. Damit waren alle anwesenden Kreisausschussmitglieder einverstanden.

Der Landrat rief zur Abstimmung über die vorgesehene Tagesordnung der Kreistagssitzung auf. Die Mitglieder des Kreisausschusses bestätigten einstimmig mit 5 Ja-Stimmen die vorgesehene Tagesordnung der Kreistagssitzung.

Zum TOP 07 – Sonstiges

Der Landrat bezog sich auf die Ausführungen in der letzten Sitzung des Kreis Ausschusses zur Spende des Vereins zur Erhaltung und Entwicklung der Infrastruktur in Schlotheim für die Seilerhalle. Das Schreiben an Herrn Erdenberger sei heute versandt worden.

Frau Lehmann fragte nach dem Hubschrauberlandeplatz, der bisher als Parkplatz genutzt worden sei. Dort stehe ein „Betreten verboten“ Schild. Wie verhalte es sich mit dieser Fläche? Werde sie vom Landkreis genutzt? Was ist mit den Kennzeichendienstern, die dort ansässig seien?

Der Landrat antwortete, dass der Platz der LEG gehöre. Er sei nie Bestandteil des Konzeptes für den Landkreis gewesen. Was die LEG mit dem Platz vorhabe, wisse er nicht. Die Begehung zu den Schilderdiensten sei an den Tagen, an denen die Kfz-Zulassung geöffnet sei, geregelt und möglich.

Die Anzahl der Besucherparkplätze sei gleich wie in der Bonatstraße. Für die Mitarbeiter stehen ausreichend Parkplätze im oberen Bereich des Geländes zur Verfügung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Damit war der öffentliche Teil der Sitzung des Kreis Ausschusses beendet.

Nichtöffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses vom 08. Mai 2023

Der Landrat stellte um 16:26 Uhr fest, dass die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Damit war die Sitzung des Kreisausschusses beendet.

Junker
Schriftführerin

bestätigt: Zanker
Landrat